
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 5 (1977)

DOI: 10.11588/fr.1977.0.49045

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Henri MÉNUDIÉ, L'Allemagne selon Willy Brandt / Entretiens et enquêtes 1969–1976; Préface d'Alfred Grosser; Paris (Stock) 1976, 454 S.

Die vorliegende Untersuchung des französischen Politikwissenschaftlers Henri Ménudier, eines Schülers von Alfred Grosser, versucht aktuelle Information und tiefergreifende Analyse zu verbinden. Zweifellos kein leichtes Unterfangen! Aber Ménudier hat sich nicht nur durch sein Doppelstudium der Germanistik und der Politikwissenschaft ausgewiesen, sondern auch als Autor bzw. Mitautor einiger Werke zur deutschen Geschichte und Politik nach 1945 sowie als Mitarbeiter von »Le Monde« und »Figaro« und schließlich als vehementer Kritiker des im französischen Fernsehen dargebotenen Deutschlandbildes (»bastion du passéisme«).

In seinem Vorwort weist A. Grosser auf die in Frankreich da und dort sichtbaren Indizien für eine Rückkehr der Verdächtigungen und eine Art Wiederaufleben des »antigermanisme« hin. Auch die französischen Sozialisten hätten die Tendenz, nur die negativen Aspekte der deutschen Entwicklung zu sehen. Bei den Kommunisten und »harten« Gaullisten spiele der *antigermanisme* ein wenig die gleiche Rolle wie in den fünfziger Jahren: er sei über weite Strecken hinweg Funktion des *anti-américanisme*.

Ein längeres Interview mit Willy Brandt bildet für Ménudier den Einstieg in seine Untersuchung. Während das Interview sich weithin so entwickelt hat, als wäre ein deutscher Journalist der fragende Teil (was für die Vertrautheit Ménudiers mit den Problemen und Diskussionen in der Bundesrepublik spricht), wird im zweiten Teil (einer Analyse Deutschlands seit Beginn der siebziger Jahre) die französische Perspektive deutlich.

Neben dem Deutschland der Touristikreklame, das, wie Ménudier ausführt, durchaus vorhanden sei, seien aber auch die Schatten des Deutschlands von gestern, Hitlerdeutschlands also, nach wie vor sichtbar. Die Gegenüberstellung mag dem deutschen Leser der »siebziger Jahre« als zu schroff erscheinen. Dieser Kunstgriff ist aber insoweit verständlich, als das Buch sich in erster Linie an das französische Publikum wendet, an ein Publikum, das in seinen mittleren und älteren politischen Generationen immer noch schwer trägt an der tiefen Demütigung und inneren Spaltung, die Frankreich 1940–44 zugefügt wurde und stets aufs neue die Frage stellt: »Cela pourrait-il se reproduire?« (S. 54).

Die Themen, die zuerst abgehandelt werden, erstaunen deshalb kaum: Die alten Nazis; die Aktionen Beate Klarsfelds und deren (erneute) Verurteilung 1974; die Arbeit der deutschen Gerichte und die der »Ludwigsburger Zentralstelle« bei der Verfolgung von NS-Verbrechen; schließlich die Renaissance des historischen Interesses am »phénomène hitlérien«.

Letzteres kontrastiert eigenartig mit der These Ménudiers, die Bundesrepublik biete das rare Beispiel eines Staates, der seine historische Verwurzelung ignoriere (S. 72). Dies ist nach der Diskussion um die Ostverträge und deren historische Ursachen sowie nach den von Gustav Heinemann ausgehenden Initiativen (die Ménudier auch auf S. 233 f. erwähnt) nur noch teilweise richtig. Das Interesse für Geschichte insgesamt wie für einzelne Phasen der deutschen

Geschichte (z. B. die Geschichte der unmittelbaren Nachkriegszeit) ist in den letzten 2–3 Jahren eher gestiegen, auch wenn dabei zu beachten ist, daß diese Interesse bisher nur bei Teilen des intellektuellen Publikums vorhanden ist.

Weitaus kenntnisreicher analysiert Ménudier die Vielzahl von Reformgesetzen seit 1969 auf den Gebieten der Sozialpolitik, der Mitbestimmung, des Umweltschutzes, des Strafrechts, der Vermögensbildung sowie des Erziehungs- und Bildungswesens, die trotz enttäuschter (vielfach auch übersteigerter) Erwartungen die Gesellschaft in der Bundesrepublik in Richtung auf mehr Gerechtigkeit umgestaltet hätten.

Sein Urteil ist hier stets nüchtern und differenziert: In Deutschland gebe es keine so schreienden Ungleichheiten wie in Frankreich; gleichwohl existierten solche. Er weist dabei auf die rund sechs Millionen Sozialhilfeempfänger hin. Auch hebt er hervor, daß die Bundesrepublik insgesamt über eines der besten sozialen Systeme (auch bei Arbeitslosigkeit) verfüge, dieses System aber erhebliche Finanzschwierigkeiten mit sich bringe.

Zuverlässig sind auch die von ihm dargebotenen Informationen über das Zustandekommen und die Inhalte der Ostverträge. Bemerkenswert ist, daß er dabei ganz unreflektiert den offiziellen Begriff vom »*traité germano-soviétique*« (S. 152) benutzt; also einen Begriff, in dem nicht nur ein Gutteil des »anti-germanischen« Mißtrauens mitschwingt, sondern der möglicherweise unterschwellig der bundesdeutschen Politik einen gesamtationalen Vertretungsanspruch zumißt. Dies ist eine Tendenz, die im Titel des Buches selbst enthalten ist. Dort wird von dem (positiv besetzten) Begriff »L'Allemagne« ausgegangen; die Probleme der DDR werden aber nicht einmal am Rande abgehandelt.

Zustimmen kann man Ménudiers Fazit hinsichtlich der Stellung der Bundesrepublik in der Welt: Der »ökonomische Riese« habe (durch seine Rohstoff- und Exportabhängigkeit) seine Sicherheit verloren und der »politische Zwerg« habe sich (insbesondere durch die Ostpolitik) neue Handlungsmöglichkeiten geschaffen (S. 173).

Ein Vergleich der von ihm gelieferten Kurzbiographien von Willy Brandt und Helmut Schmidt ergibt, daß er beim ersteren sicherlich persönlich engagierter ist als beim letzteren. Gleichwohl bemüht er sich die in der französischen Öffentlichkeit gegenüber Helmut Schmidt bestehenden Vorurteile (das Etikett des »Feldwebels« gehört hier noch zu den schmeichelhaftesten) mit dem Hinweis auf dessen überlegtes Vorgehen in der EG-Krise im Herbst 1974 und beim englischen Beitritt aufzulösen.

Das Interview mit Genscher sowie der nachfolgende Abschnitt über die FDP und deren Programmatik und Praxis, geben erneut Auskunft über die Vertrautheit des Autors mit der innenpolitischen Entwicklung des letzten Jahrzehnts in der Bundesrepublik. Im Vergleich dazu fällt das Interview mit Helmut Kohl deutlich ab, weil Ménudier keine Anstalten macht, die stark von der Wahlkampfstimmung inspirierten Aussagen des CDU-Vorsitzenden (etwa auf S. 314 die Legende, daß allein dem Adenauerschen Wirken die Fundamente und Institutionen der Bundesrepublik zu danken seien) durch Zusatzfragen einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Während der Mangel an historischer Dimension teilweise durch die aktuelle Orientierung des Buches erklärt werden kann, sind die begrifflichen Unschärfen und das Fehlen tiefergreifender Erklärungsansätze schon eher ein Ärgernis.

Wenn er der deutschen Sozialdemokratie wie auch den Gewerkschaften die Bindung an den Kapitalismus wie der Verteidigung der etablierten Ordnung kritisch vorrechnet (S. 249, 379, 402), dann übersieht Ménudier nicht nur die immer enger werdende Wechselbeziehung zwischen dem Bewahren und dem Verändern, sondern hat auch nicht ausreichend den Unterschied zwischen der Marktwirtschaft als Regelungssystem und der (überwiegend) privatkapitalistischen Machtstruktur des Wirtschaftssystems wahrgenommen und verarbeitet. Die gemäßigte französische Linke ist gegenwärtig – beschleunigt durch ihre Nähe zur politischen Macht – dabei, sich in der Praxis (noch nicht in der Ideologie) in diesem Punkt zu »sozialdemokratisieren«.

Ménudier erkennt auch nur unzureichend die Gründe für das (im Vergleich zu Frankreich und Italien) andere Konfliktverhalten der großen Mehrheit der organisierten Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik. Dabei spielt der Bürokratisierungs- und Oligarchisierungsprozeß in den Gewerkschaften eine geringere Rolle als die (oft schmerzlichen) Erfahrungen, die in den sozialen Auseinandersetzungen besonders in diesem Jahrhundert gemacht wurden. Diese Konflikte verliefen meist nicht als »Nullsummenspiele« (was die eine Seite verliert, gewinnt die andere), sondern brachten meist (politischen wie ökonomischen) Machtverlust auf beiden Seiten mit sich. Das andere Konfliktverhalten der deutschen Gewerkschaften seit 1945 wird auch dadurch begünstigt, daß sie in den Institutionen der Unternehmen, des Staates und der Sozialversicherungen weit mehr Macht, auch zum positiven Gestalten, besitzen als die Gewerkschaften in anderen vergleichbaren Industrieländern.

Kleinere Fehler unterlaufen Ménudier auf S. 77 bei der Datierung der Regierungserklärung des ersten Kabinetts Schmidt (17. Mai 1974, nicht 1975), auf S. 98 bei der Nutzung des Vermögensbildungsgesetzes (nicht 20%, sondern über 60% der Arbeiter, Angestellten und Beamten haben die dortigen Möglichkeiten genutzt), auf S. 224/25 (der niedersächsische Ministerpräsident heißt Ernst und nicht Hans Albrecht), auf S. 372 (die Zahl der Katholiken hat mit der der Protestanten inzwischen mindestens gleichgezogen), sowie auf der gleichen Seite, wo es um die Kirchensteuer geht (diese beträgt nicht 8–10% der Löhne und Gehälter, sondern 8–10% der Lohn- und Einkommensteuer).

Die oben erhobenen Einwände wie auch diese kleineren Mängel sollen aber keineswegs den Gesamteindruck verwischen, daß es sich hier um ein sehr informatives und dadurch auch viele Vorurteile auflösendes Buch handelt. Bei dessen Lektüre entsteht sogleich der Wunsch, es möge hoffentlich bald etwas Vergleichbares in deutscher Sprache über Frankreich geben.

Hartmut SOELL, Heidelberg